

Protokoll

Gremium: Sozialausschuss

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 18.04.2024
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:29 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Beate Logemann

Mitglieder

Herr Dirk Bakenhus

Frau Claudia Beeken bis 18:10 Uhr anwesend

Herr Hartmut Bruns

Frau Maria Bruns

Herr Hergen Erhardt

Frau Merle Heßler

Herr Axel Hohnholz

Herr Jannes Hoormann

Herr Heino Hots

bis 18:25 Uhr anwesend

Herr Jens-Gert Müller-Saathoff

Frau Monika Sager-Gertje

Frau Irmgard Stolle

bis 18:20 Uhr anwesend

Herr Stefan Töpfel

Vertretung für KA Rowold

Frau Ute Treber

von der Verwaltung

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Frau Anja Kleinschmidt, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Verena Jüchter

Herr Kreisverwaltungsrat Torsten Niebisch

Herr Kreisverwaltungsoberrat Günter Siebels

Herr Ltd. Medizinaldirektor Dr. Elmar Vogelsang

Protokollführerin

Frau Claudia Hobbiebrunken

beratendes Mitglied

Frau Dr. Silke Bednarz

Frau Sandra Genscher

Vertretung für Frau Gräper

Herr Heiko Ockenga

Frau Anna Pfeiffer

Herr Andreas Retzlaff

Abwesend:

Mitglieder

Herr Frank Lukoschus

Frau Birgit Rowold

Herr Klaus Warnken

beratendes Mitglied

Frau Sabine Gräper

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 08.11.2023
- 5** Einwohnerfragestunde
- 6** Vortrag von Herrn Holm zur Fachstelle Sucht in Bad Zwischenahn
Vorlage: MV/125/2024
- 7** Bericht des Jobcenters
Vorlage: MV/119/2024
- 8** Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2024
Vorlage: BV/229/2024
- 9** Antrag der CDU-Fraktion auf Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/236/2024
- 10** Örtlicher Pflegebericht
Vorlage: MV/115/2024
- 11** Bericht des Behindertenbeirates zum Thema "Hilfe für Menschen mit Behinderung im Katastrophenfall"
Vorlage: MV/116/2024
- 12** Sozialhilfestatistik/Fallzahlen 2023
Vorlage: MV/117/2024
- 13** Bericht aus der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe
Vorlage: MV/118/2024
- 14** Mitteilungen der Landrätin
- 15** Anfragen und Hinweise
- 16** Einwohnerfragestunde
- 17** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Logemann eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Logemann stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 08.11.2023

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Vortrag von Herrn Holm zur Fachstelle Sucht in Bad Zwischenahn Vorlage: MV/125/2024

Herr Holm bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, die Arbeit der Fachstelle Sucht Ammerland des Diakonischen Werks Oldenburg vorzustellen. Er berichtet anhand einer Power Point Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, über die Arbeit und die vielfältigen Aufgaben der Fachstelle. Er informiert über die verschiedenen Suchterkrankungen, die unterschiedlichen Behandlungsansätze nebst Therapiemöglichkeiten und die Präventionsangebote für Schulen und Fachinstitutionen etc. In einer Statistik führt er die Zahlen der häufigsten Abhängigkeitserkrankungen und die Suchtkranken im Ammerland nebst einer Statistik der entsprechenden Altersverteilung auf. Er merkt an, dass es beim Ranking der häufigsten Abhängigkeitserkrankungen durch die Legalisierung von Cannabis oder auch durch die noch nicht abzuschätzenden Nachwirkungen der Corona-Pandemie und dadurch steigende Essstörungen, Veränderungen geben werde. Im Weiteren informiert er darüber, wie sich die Einrichtung finanziere.

Nach- und Zwischenfragen u.a. zur Mediensucht und deren Auswirkungen sowie zur Finanzierung der Fachstelle werden von Herrn Holm und KR Rabe beantwortet.

Vors. Logemann bedankt sich bei Herrn Holm für die Ausführungen.

Zu TOP 7 Bericht des Jobcenters
Vorlage: MV/119/2024

KVOR Siebels trägt den Bericht des Jobcenters anhand der den Vorlagen beigefügten Power-Point-Präsentation vor. In Bezug auf die Finanzierung des Jobcenters teilt er mit, dass dieses in den Verwaltungskosten zu 84,8 % vom Bund finanziert werde und in dem Eingliederungsbudget sei man zu 100% vom Bund abhängig. Seit der letzten Sitzung im November 2023 habe sich hier eine deutliche Veränderung ergeben. Seinerzeit war die Aussage getroffen worden, dass der Bund die Verwaltungskosten nicht ausreichend bedient habe und aus dem Eingliederungsbudget 600.000 Euro in das Verwaltungsbudget übertragen werden müsse. Dieser Bundeshaushalt wurde mittlerweile für verfassungswidrig erklärt und am 24. Januar 2024 habe man die Mitteilung erhalten, dass es nach der neuen Haushaltsplanung 860.000 Euro mehr an Zuwendungen vom Bund gebe. Somit sei die Umschichtung nicht mehr notwendig. Aufgrund der Haushaltslage im November seien jedoch Verträge mit Bildungsträgern über Seminare etc. storniert worden. Jetzt stehe man vor der Herausforderung, die bis zum 31.12.2024 zur Verfügung stehenden zusätzlichen Gelder, sinnvoll zu verplanen. Nach Gesprächen mit der Kreisvolkshochschule sei es gelungen, bereits zum 01.04.2024 ein Angebot für Jugendliche aufzustocken. Im Weiteren werde man die Führerscheinangebote, auch für den Führerschein B, aufstocken. Weitere Verträge mit Bildungsträgern seien realistisch immer nur für einen Zeitraum von 12 Monaten zu schließen, da für kurzfristige Angebote kaum Personal zur Verfügung stehe und auch die Gewinnung von Teilnehmern eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Es könne aber mit den Geldern nicht für das Jahr 2025 kalkuliert werden, da nicht sicher sei, dass diese auch weiterhin vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Im Weiteren geht KVOR Siebels auf die Haushaltssituation 2025 ein, in dem bundesweit mit rd. 900 Mio. Euro weniger Eingliederungsmitteln gerechnet werden müsse und verweist hierzu auf seine Ausführungen in der Sitzung im November 2023.

KA Sager-Gertje fragt nach, ob auch die Integrations- und Deutsch-Kurse für Migranten vom Jobcenter finanziert werden.

KVOR Siebels teilt mit, dass diese aus Bundesmitteln vom Bundesamt für Migration finanziert werden.

KR Rabe ergänzt, dass es für die Sprachförderung zusätzlich auch einen eigenen Haushaltsansatz im Bereich Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe gebe.

KVOR Siebels geht in seinem weiteren Bericht auf die Arbeitsmarktlage im Ammerland ein und verweist hierzu auf den Bericht der Tagespresse auf Seite 10 der Vorlage. Er weist auf den Zugang und den Bestand und Arbeitslosen im SGB II hin und führt zu den Zahlen für die Altersgruppe 15-25 Jahre aus.

KR Rabe weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass seit vielen Jahren die Kola-Projekte zur schulischen Förderung der Jugendlichen eingesetzt werden und die sich sehr bewährt hätten.

KVOR Siebels führt aus, dass im Herbst der sog. „Jobturbo“ vom BMAS ausgerufen worden sei. Hier sollten Geflüchtete zuerst 700 Stunden Integrations-

kurs/Deutschkurs erhalten und danach möglichst in einer Beschäftigung Arbeitserfahrung sammeln und sich so weiterqualifizieren. Hier werde auch verstärkt mit den Unternehmen zusammengearbeitet. Der Presseartikel der Bundesregierung zu diesem Projekt sei an alle Grundsicherungsbezieher versendet worden und hierauf habe es eine positive Reaktion in Form von Rückmeldung und Nachfrage nach Jobangeboten gegeben. 50 % der Bürgergeldbezieher/-innen hätten einen Migrationshintergrund. Im Weiteren verweist KVOR Siebels auf die Zahlen in der Statistik zu den Geflüchteten und zu dem Branchendiagramm in der Vorlage.

Nachfragen den Ausführungen in der Vorlage werden von KVOR Siebels beantwortet. Auf Nachfrage von KA Hots, ob mit der DEULA in Bezug auf die Führerscheinförderung zusammengearbeitet werde, wird mitgeteilt, dass man hier mit der Fahrschule Habierski zusammenarbeite. Mit der DEULA arbeite man in Bezug auf den LKW-Führerschein etc. zusammen.

KA Bruns merkt an, dass ihr berichtet worden sei, dass bei Auslauf eines Kola Projektes z. B. weil die Eltern Arbeit gefunden hätten, es sehr schwierig sei eine Weiterführung zu erreichen, da die Kostenübernahme geklärt werden müsse. Sie fragt nach, ob hier nicht mit den Schulen oder Fördervereinen eine Übergangslösung gefunden werden könne.

KR Rabe teilt mit, dass Eltern, die aus dem SGB II herausfallen, weil sie einer Arbeit nachgehen, nicht gleich wohlhabend seien, sondern meist zumindest noch Wohngeldberechtigt bleiben. Damit sei eine Förderberechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz weiterhin gegeben, aber die Anspruchsgrundlage sei eine andere und hier liege das Problem.

KVOR Siebels ergänzt, dass der Übergang in eine Beschäftigung für die Leistungsbeziehenden eine Herausforderung sei. Diese würden den Grundsicherungsbezug verlassen und in eine Niedriglohnbeschäftigung gehen und müssten dann zur weiteren Absicherung mit weiteren Behörden in Kontakt treten um z.B. den Kindergeldzuschlag und/oder das Wohngeld zu beantragen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Förderung des Vereins pro:connect e.V. für das Jahr 2024
Vorlage: BV/229/2024**

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Verein „pro:connect“ wird für das Jahr 2024 mit 8.750 € für Sachaufwand gefördert. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant..

**Zu TOP 9 Antrag der CDU-Fraktion auf Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/236/2024**

KA Bruns nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion und bittet um eine schnelle Umsetzung.

KR Rabe verweist hierzu auf die Erläuterungen in der Vorlage. Niedersachsen gehöre zu den 14 Bundesländern, die eine gemeinsame Lösung anstreben. Es werde noch auf Informationen gewartet, wie die konkrete Umsetzung aussehen werde. Für die Sozialämter bedeute die Einführung der Bezahlkarte ein großer administrativer Aufwand und sei sicherlich keine Arbeitserleichterung. Mit der LzO habe man die Vereinbarung getroffen, dass Leistungsbezieher dort ein Konto einrichten können und somit würden die Sozialleistungen z. Zt. direkt auf die Konten eingezahlt, wie sonst im SGBII Bereich auch üblich. Die Bezahlkarte werde durch einen Drittanbieter vorbereitet und die Kosten hierfür, so sehe es das Land, müssten die Kommunen übernehmen. Ob vermieden werden könne, dass Gelder ins Heimatland transferiert werden, bezweifle er.

Über den Antrag erfolgt ein Austausch. Er wird ohne Beschlussfassung zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 10 Örtlicher Pflegebericht
Vorlage: MV/115/2024

Frau Jüchter stellt anhand einer Power Point Präsentation die Schwerpunkte des örtlichen Pflegeberichts des Landkreises Ammerland für das Jahr 2023 ausführlich vor.

Nachfragen und Zwischenfragen werden während des Vortrags von Frau Jüchter, KR Rabe und KVR Niebisch ausführlich beantwortet. In Bezug auf Nachfragen zur Pflegesituation im Ammerland und zu aktuellen Belegungszahlen in den Pflegeheimen teilt KVR Niebisch mit, dass quartalsweise die Auslastung der stationären Einrichtungen erfasst werde. Es sei festzustellen, dass die Antragszahlen in der Hilfe zur Pflege steigen, die Zahl der freien Pflegeplätze aber sinke. Dies liege daran, dass die Pflegeheime entweder einen freiwilligen Belegungstop oder einen angeordneten Belegungstop aufgrund von Fachkräftemangel hätten.

Zusatz: Die durchschnittlichen Belegungsquoten aller Pflegeheime im Ammerland beliefen sich in den Jahren 2013 auf 90,69 %, 2018 auf 90,36 % und 2023 auf nur noch 85,59 %.

Es findet ein Austausch zu der allgemeinen Pflegesituation, insbesondere zur häuslichen Pflege, im Ammerland statt.

KVR Niebisch teilt mit, dass die zu erstellenden örtlichen Pflegeberichte vom Land zusammengetragen und in einem Landespflegebericht berücksichtigt werden. Dort dürften die gewünschten Zahlen dann ersichtlich sein. Zurzeit hätten aber noch nicht alle Kommunen ihre Berichte fertig erstellt.

KR Rabe ergänzt, dass der Bereich der häuslichen Pflege weiter ausgebaut werden müsse und es mehr verlässliche Angebote in der Kurzzeitpflege geben müsse. Er hotte, dass er zu den örtlichen Planungen in der nächsten Sitzung nähere Auskünfte geben könne.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 11 Bericht des Behindertenbeirates zum Thema "Hilfe für Menschen mit Behinderung im Katastrophenfall"
Vorlage: MV/116/2024

Frau Dr. Bednarz vom Behindertenbeirat berichtet anhand einer Power Point Präsentation zum Thema „Hilfe für Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall“.

Zwischenfragen werden von Frau Dr. Bednarz beantwortet.

KR Rabe bedankt sich bei Frau Dr. Bednarz für den ausführlichen Vortrag. Er teilt mit, dass im Gesundheitsamt ein neues Sachgebiet „medizinischer Bevölkerungsschutz“ eingerichtet worden sei, der sich zukünftig dieser Thematik annehmen und mit dem Behindertenbeirat zusammenarbeiten werde.

Zu TOP 12 Sozialhilfestatistik/Fallzahlen 2023
Vorlage: MV/117/2024

KVR Niebisch trägt den Sachverhalt anhand einer Power Point Präsentation vor. Er weist darauf hin, dass die Zuweisungen und damit auch die Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angestiegen seien. Es gebe hier eine hohe Steigerung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, da seit letztem Jahr vorrangig alleinreisende Männer zugewiesen würden und diese Einzelpersonen jeweils als eine eigene Bedarfsgemeinschaft zählen, ebenso wie eine Familie, die aus mehreren Personen bestehe.

Ebenso gebe es steigende Zahlen im Bereich des ambulant betreuten Wohnens. Die Zahl der benötigten Schulbegleiter würden ebenfalls stark steigen. Hier sei es so, dass das Sozialamt Kostenträger für die körperlich und geistig beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler sei und das Jugendamt die Kosten der Schulbegleitung für die seelisch beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler übernehme. Ab dem Jahr 2028 werden alle Kosten der Eingliederungshilfe im Rahmen der sog. „Großen Lösung Eingliederungshilfe“ für Kinder und Jugendliche vom Jugendamt übernommen. Auch im Bereich der Frühförderung gebe es steigende Zahlen. Hier gebe es eine Warteliste. Durch Personalmangel/Fachkräftemangel sei es nicht möglich, alle Hilfesuchenden sofort zu unterstützen.

Im Bereich der Pflege gebe es steigende Zahlen, obwohl hier die zur Verfügung stehenden Plätze in den Pflegeheimen aufgrund des Fachkräftemangels sinken würden. Hierzu verweist er auf seine vorherigen Ausführungen.

Zu TOP 13 Bericht aus der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe
Vorlage: MV/118/2024

Frau Thieme stellt anhand einer Power Point Präsentation den Bericht der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe vor. Sie stellt in diesem Zusammenhang die Einführung der Integreat App vor. Diese solle am 28. Januar 2025 im Rahmen eines Fachvormittags zum 10-jährigen Bestehen der Koordinierungsstelle online geschaltet werden. Hierzu lädt Frau Thieme ein.

Nachfragen werden Frau Thieme beantwortet.

Der Bericht ist dem Protokoll beigefügt und wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 14 Mitteilungen der Landrätin

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 15 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 16 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 17 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Logemann schließt die öffentliche Sitzung.